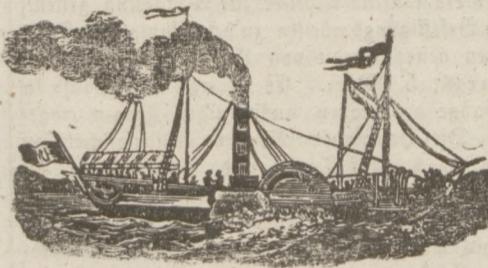


# Danziger Dampfboot.

Nº 59.

Freitag, den 9. März.



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Inserate, pro Spalte 9 Psge., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

1860.

30ster Jahrgang.

Abonnementpreis hier in der Expedition  
Portehaisengasse No. 5.  
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten  
pro Quartal 1 Thlr.  
Hiesige können auch monatlich mit 10 Sgr abonnieren.

Soll die Militairmacht in Preußen erhöht werden?

Mit dieser Frage betitelt sich eine Broschüre, die vor einigen Tagen in der Haude- und Spenerischen Buchhandlung zu Berlin für den Preis von 1 Sgr. erschienen ist.

Die Broschüre ist mit Gewandtheit und Sachkenntniß geschrieben und verdient unter allen Umständen bei den jetzt schwelenden Fragen über unsere Militair-Reform große Beachtung.

Der Verfasser ist der Meinung, daß die Kriegsbereitschaft des Vaterlandes, welche jetzt der Stand der Dinge in Europa erfordert, erreicht werden kann, wenn man bei der bisherigen Verfassung stehen bleibt und lediglich die Dienstzeit von drei auf zwei Jahre wieder herabsetzt, wenn man, statt die Verbesserung in der Vergroßerung des stehenden Heeres zu suchen, die Verbesserung der bestehenden Heeresverfassung in einer angemessenen Verkürzung und dadurch herbeigeführten Verallgemeinerung der Dienstzeit findet.

Dass ein Heer auch ohne eine dreijährige Dienstzeit ein durchaus tüchtiges sein kann, hat, wie der Verfasser weiter sagt, die Kriegs-Erfahrung gelehrt. Das preußische Heer, wie es in das Jahr 1813 eintrat, hatte zwei Bestandtheile. Das vorhandene stehende Heer von 40,000 Mann war durch das sogenannte Krümpersystem gebildet. Da Preußen laut Tilsiter Vertrages nur ein stehendes Heer von 40,000 Mann haben konnte, kam Scharnhorst auf die Idee, zur Täuschung Napoleon's die Soldaten nur kurze Zeit unter der Fahne zu behalten, ausgebildet zu entlassen und durch neue Rekruten zu gleichem Zwecke zu ersetzen. Von einer dreijährigen militärischen Ausbildung war unter diesem System nicht die Rede, sondern von einer ein-

Außer diesen 40,000 Mann bestand das preußische Heer von 1813, 1814, 1815 aus der Landwehr. — Der preußische Staat mit seinen damaligen etwa fünf Millionen Einwohnern brachte bekanntlich ein größeres Heer auf den Kampfsplatz, als Österreich, ein größeres als Russland; er hatte 250,000 Mann unter den Waffen. Somit bestand das preußische Heer in seinem weitaus größten Theile aus Landwehr. Diese Landwehr stand im Jahre 1813 vor dem Feinde, nachdem sie kein halbes Jahr vorher hinter dem Pfluge gegangen oder den Hammer geschwungen oder in den Hörsälen gesessen. —

Nach mehreren Argumenten, die der Verfasser für seine Meinung gegeben, behauptet er, daß die soldatische Ausbildung in Preußen bis zu einem gewissen Grade unabhängig ist von einer langen Zeitdauer und daß weit us gewichtigere Schwerpunkte in Beziehung auf die Tüchtigkeit des Heeres anderswo liegen, nämlich in einem allgemeinen und in einem technischen Momenten, welche beide Momente in Preußen vorhanden sind.

Diese wirklichen Schwerpunkte bestehen darin, daß 1) der Soldat nicht als Söldner, sondern für ein Vaterland steht, für das es sich lohnt zu fechten und zu sterben, und 2) in dem Bestehen eines Führerkorps, welches für diesen Beruf durch lange Jahre technisch vollkommen ausgebildet ist.

Ist, wie in Preußen, ein außerordentlich großes, mit den bedeutendsten Staatsmitteln herangebildetes und erhaltenes Offizierkorps vorhanden, welches aus dieser Stellung seinen Lebensberuf gemacht, — ist

seiner, was eben so wichtig, ein langjährig durchgebildetes Unteroffizierkorps vorhanden: so ist der gießende Nahmen da, in welchem sich mit vollkommener Sicherheit das an sich geeignete Soldatenmaterial binnen 2 Jahren zu trefflichen Soldaten ausbilden läßt.

Dies lehrt die Erfahrung, die im Kriege erworben.

Wenn aber eine zweijährige Dienstzeit genügt, um ein zur Vertheidigung des Vaterlandes völlig geeignetes Heer zu schaffen, so ist es Pflicht, die Erhöhung des bereits so hohen Budgets zu bekämpfen, welche den Zweck haben soll, die dreijährige Dienstzeit nicht blos beibehalten zu können, sondern eine noch längere Dienstzeit einzuführen.

Der Gründe sind viele und gewichtigste. Vor Allem wäre die übermäßige Vergroßerung des stehenden Heeres, welche unbedingt eintreten müste, wenn das preußische Militär es: daß jeder Preuße militärisch, auf diese Weise zur Wahrheit gebracht werden soll, ein unermögliches Unglück. Es liegt auf der Hand, daß dieser Zweck durch die jetzt vorgeschlagene Art nicht zu erreichen ist, es müste denn der größte Theil unseres Staatseinkommens für das Militär verwendet werden, denn das neue Gesetz, welches das preußische stehende Heer mit einem weiteren Aufwand von dem Anschein nach jährlich etwa zwölf Millionen Thaler vergrößert, würde alsdann nur ein Anfang sein, dem nach einigen Jahren mit demselben Rechte und denselben Gründen eine weitere Vermehrung folgen könnte.

Hören wir, wie der Gesetzesvorschlag eines vergrößerten stehenden Heeres gerechtfertigt wird.

Der Kriegsdienst sei zur Zeit kein allgemeiner, es treten heute wie 1826 nur vierzigtausend Mann Rekruten ein, während die Bevölkerung von elf auf achtzehn Millionen gestiegen und somit etwa jetzt 155,000 Männer von zwanzig bis vierundzwanzig Jahren zur Disposition stehen, von denen zur Zeit nur 26 Prozent zur Ableistung der Dienstpflicht kommen. Da gegen 60 Prozent der Dienstpflichtigen erfahrungsmäßig felddienstfähig oder gesellschaftlich unabkömmlich seien; so müsten, statt dieser 26 Prozent, 40 Prozent jährlich eintreten, also jährlich etwa 63,000 Mann, und es wird nun in den Motiven des Weiteren nachgewiesen, wie unrecht es sei, jährlich statt 63,000 Mann nur 40,000 Mann einzuziehen.

Wir können der Wahrheit und Behauptung dieser Motive, denen wir uns vollständig anschließen, noch hinzufügen, daß es in der That die höchste Zeit ist, dieser bisherigen enormen Ungleichheit in der Belastung der Staatsbürger ein Ende zu machen. Der dreijährige Militärdienst in den schönsten Jugendjahren gegen eine tägliche Vergütung von zwei guten Groschen ist weitaus die größte Besteuerung, welche das preußische Volk zu ertragen hat. Wenn daher seit langer Zeit Tausende von Federn abgeschrieben worden sind für den Nachweis, daß die Gerechtigkeit eine gleiche Grundsteuer fordere, so wird man gewißlich aus gleichem Grunde der Gerechtigkeit noch viel weniger der einen Familie den Sohn drei Jahre wegnehmen dürfen, um ihn mit nothdürftiger Lebensunterhaltung dem Staate dienen zu lassen, während man einer andern Familie den Sohn beläßt. Auf wie hoch die Familie beschädigt wird, das läßt sich — so weit es eben nach dieser einen Seite hin festzustellen ist, sehr gut nach Thatern berechnen. Man braucht

blos in den Ländern, wo für den Militärdienst Stellvertreter gestellt werden dürfen, wie in Baiern, Frankreich und in andern Ländern, zu hören, welche Summe diesen s. g. Einständern von den sich vom Militär Loskaufenden gezahlt wird. Diese Summe beläuft sich in Baiern für das Dienstjahr auf nahe dreihundert Gulden. Es wird daher in Preußen, wo so viel zur Dienstpflicht Geeignete nicht wirklich dienen, der dienende Bauernsohn, der junge Handwerker, der Student und bezüglich seiner Angehörigen mit einer Summe von etwa hundert Thatern besteuert, welche dem nicht dienenden Bauernsohn, Handwerker und Student geschenkt werden. (Schluß folgt.)

## Parlamentarisches.

Die Ehe-Kommission des Hauses der Abgeordneten hat den Entwurf des Ehegesetzes genau so wieder angenommen, wie er aus den vorsährigen Beschlüssen des Hauses hervorgegangen ist, und wie ihn die Regierung in diesem Jahre im Herrenhause eingebracht hat.

Die Kommission des Hauses der Abgeordneten für die Heeresvorlagen hat die General-Diskussion noch nicht beendet. Es versteht sich, daß von einer Abstimmung, noch dazu von einer so speziellen, wie die über die 2- oder 3-jährige Dienstzeit sein würde, bisher noch nicht die Rede hat sein können; voraussichtlich kommt es erst in nächster Woche zu einer Abstimmung.

## Kunnschau.

Berlin, 7. März. Zu den Erinnerungen aus Preußen bewegter Zeit in den Jahren 1810 bis 1815 gehört, daß das 3. oder Füsilier-Bataillon des 1. Garde-Infanterie-Regiments, welches im Mai 1809 aus den Regimentern der Armee, den Provinzen Preußen, Litauen und Pommern und aus einem kleinen Theile des Schill'schen Corps, der bei dem bildenmuthigen Todeskampfe bei Stralsund der Vernichtung entgangen, von des hochseligen Königs Majestät Friedrich Wilhelm III. bei der Reorganisation der Armee in Königsberg i. Pr. neu errichtet worden war, gestern vor 50 Jahren, am 6. März 1810, in Berlin einrückte. Sein damaliger und der erste Commandeur des Bataillons war der Major Krauseck, sein Adjutant, der damalige Lieutenant, jetzige General-Lieutenant und kommandirende General des 1sten Armeecorps, v. Werder, die vier Compagnien des Bataillons wurden von den Hauptleuten v. Schachtmeier, von Kleist, v. Alvensleben und v. Bismarck geführt. Am 10. März 1810 kam das Bataillon nach Potsdam und wurde mit Jubel und allen Ehrenbezeugungen empfangen, denn es war die erste preußische Garnison der Stadt seit dem Kriege von 1806. Bis dahin stand allein ein Invaliden-Bataillon unter dem Major und Stadt-Kommandanten v. Puttkammer, dem späteren General Lieutenant und Commandeur des Invalidenhauses zu Berlin. Bis zum Jahre 1813 blieb das Bataillon in Potsdam, stitt dann unter der Führung des Majors v. Block in den Kriegen von 1813—15 und bewährte seine Tapferkeit vornehmlich in den Schlachten bei Groß-Görschen, Bautzen, Leipzig und Montmartre, von denen die erste und die letzte für das Bataillon die blutigsten, aber auch die ruhmreichsten waren.

Bei der bevorstehenden Vermehrung der Armee soll, dem Reorganisationsplane gemäß, auch

eine zweite Schul-Abtheilung errichtet werden, um dem immer fühlbarer werdenden Mangel an Unteroffizieren für die Zukunft abzuhelfen. Die Potsdamer Schul-Abtheilung, früher nur aus zwei Compagnieen bestehend, ist zu gleichem Zwecke schon innerhalb der letzten Jahre zuerst auf drei, dann auf vier Compagnieen erhöht worden. Da der geringe Mangel am merklichsten in der Rheinprovinz hervorgetreten ist und von dort her auch stets die wenigsten jungen Leute bei der Abtheilung eingetreten sind, so beabsichtigt man, das Standquartier der neuen Schul-Abtheilung nach den westlichen Provinzen zu legen. Vorzugswise ist als solches, wie man hört, die bisherige Festung Tülich in Aussicht genommen, durch deren bevorstehende Schleifung und gleichzeitig eintretende Besatzungsverminderung die erforderlichen Räumlichkeiten zur Unterbringung der Abtheilung disponibel werden würden.

Die Broschüre: „Soll in Preußen die Militärlast erhöht werden?“ soll von hiesigen Freihändelsmännern ausgegangen sein; als ihren Verfasser nennt man den hiesigen Rentier Prince-Smith, einem geborenen Engländer, der lange Zeit in Elbing und Königsberg i. Pr. gelebt hat. Es ist von derselben eine sehr starke Auflage (man sagt 12,000 Exemplare) abgezogen worden.

Der Geheime Rath Professor Frerichs ist zu dem schwer erkrankten Großherzog von Mecklenburg-Strelitz berufen und wird sich heute Abend nach Strelitz zur Consultation begeben.

Die Arbeiten an den Statuen für den Wilhelmsplatz sind nunmehr im Kgl. Gewerbe-Institute soweit vollendet, daß die Aufstellung derselben im nächsten Sommer erfolgen kann. Der größere Theil der Statuen ist bereits gegossen und theilweise geschnitten.

An der hiesigen Universität schließen im Laufe dieser und der nächsten Woche die meisten Docenten bereits ihre Vorlesungen und werden mit denselben am 1. Mai. c. wieder beginnen. Eine große Zahl der Studirenden verläßt alsdann Berlin, um ihre Studien auf den Universitäten zu Halle, Erlangen, Heidelberg, Bonn, Tübingen &c. fortzusetzen.

Gestern Vormittag fand das feierliche Begräbnis der verstorbenen Tänzerin M. Höelcke statt. Die Beisetzung war überaus groß. Im Trauerhause hatten sich der General-Intendant, Kammerherr von Hülsen und andere hochgestellte Personen, so wie das gesamme Opern- und Ballett-Personal versammelt. Die ganze Trauer-Versammlung gab der Leiche zu ihrer letzten Ruhestätte zu Fuß das Geleit. Bei der Ankunft des Leichenwagens auf dem Kirchhofe wurde er von dem männlichen Opern-Chor mit dem Liede „Jesus, meine Zuversicht“ empfangen und die Königl. Tänzer hoben die Leiche vom Wagen und trugen sie zur Gruft. Die Grabrede hielt der Superintendent Schulz. In ergreifender Weise gedachte er darin des traurigen Todes der Entschlafenen, wies aber auch zugleich auf die Ergebung hin, mit der sie ihr Ende erwartet habe, zugleich entwarf der Redner von ihr das Bild einer dankbaren Tochter und liebevollen Schwester, deren ganzes Trachten nur darauf gerichtet gewesen sei, das Leben ihrer Angehörigen in jeder Weise zu erleichtern und zu verschönern. Nach den Einführungsworten wurde der Sarg in die Gruft gesenkt und während der Opernchor den Choral anschwang: „Was Gott thut, das ist wohlgethan“, traten die Damen des Balletts heran und bedeckten den Sarg der allgemein geliebten Toten mit Blumen und Kränzen. Als die Gruft geschlossen, trennte sich die Trauer-Versammlung in tiefster Bewegung. Eine Mutter und 5 Geschwister betrauern die so früh Heimgegangene.

Das Wasser in der Spree ist noch immer im Steigen. Gestern hatte dasselbe an den Königlichen Mühlen bereits die Höhe von 6 Fuß erreicht. Einzelne Keller der an der Spree gelegenen Gebäude stehen bereits wieder unter Wasser.

Hamburg, 6. März. In einer diesen Nachmittag stattgehabten Versammlung der Neder und Baase (Schiffszimmermeister) berichtete Senator Godetoy über die erfolglosen Bemühungen, eine Ausgleichung der zwischen Baasen und Zimmerleuten (in Beziehung auf Lohnerhöhung) obwalten den Differenzen zu bewirken. Zu einem Beschlus der Versammlung, bemerkte die „H. B. H.“, konnte diese Mitteilung um so weniger Beacannahung geben, als die Aufmerksamkeit derselben leider durch den Bericht des Herrn Stützen über frevelhafte Exesse, welche in vergangener Nacht auf seiner Werft auf Steinwärder vorgekommen, auf das Lebhafteste in Anspruch genommen wurde. Die Mehrzahl der fremden Arbeiter nämlich, mit welchen sich die hiesigen zusammen zu arbeiten weigern,

befindet sich auf der gedachten Werft, im Hause des Herrn Stützen. In dieses nun waren gestern Abend etwa 50—60 hiesige Zimmerleute eingedrungen und hatten die fremden Arbeiter in der abscheulichsten Weise mishandelt.

Turin, 4. März. Die „Opinione“ betrachtet das Annexions-Votum in Central-Italien als vollendete Thatsache, und bezeichnet die Einberufung der Kollegien für die Deputirtenwahlen und die vorherige Ernennung der Senator für Toskana und die übrigen Provinzen als nahe bevorstehend (bis 25. März). Das Municipium von Bologna hat mehrere tausend Arbeiter zur Verfügung gestellt, um die Befestigungsarbeiten zu beschleunigen. Fanti hat einen neuen Kredit von 13 Millionen erhalten.

Paris, 5. März. Es ist jetzt eine Pause in dem Gange der großen auswärtigen Fragen eingetreten. Die Haupthaufmerksamkeit ist inzwischen auf Italien, d. h. auf Turin und auf Toskana gerichtet. Die Abstimmung über die Annexion wird erst am 20. in ihrem Endresultate bekannt sein; bis dahin wird also wohl kaum irgend eine diplomatische Entscheidung stattfinden, es müßten denn ganz unerwartete Zwischenfälle eintreten. Briefe aus Turin stellen es außer Frage, daß Toskana für die Annexion stimmt. Was wird in diesem Falle Frankreich thun? Darüber gehen die Ansichten auseinander. Auf der einen Seite meint man, daß, wenn der König Victor Emanuel annimmt, Frankreich sofort Savoyen und Nizza besetzen würde. Ueberwiegend ist die Ueberzeugung, daß Frankreich solche Gewaltschritte nicht nötig haben, und inzwischen ein Uebereinkommen mit der Turiner Regierung erzielt sein wird. — Die Stellung des hiesigen Kabinetts zu Österreich hat sich in den letzten Tagen wieder verschlechtert; die Thronrede behauptet zwar, daß die neuen Vorschläge für die Regelung der italienischen Verhältnisse den andern Mächten wichtige Zugeständnisse machen, aber doch sind darin die letzten Illusionen in Beziehung auf die Restauration der Erzherzöge zerstört.

Paris, 5. März. Gestern ist, wie der „Moniteur“ heute offiziell berichtet, der neue außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Vereinigten Staaten Nord-Amerikas, Faulkner, vom Kaiser in öffentlicher Audienz empfangen worden.

Spanien. General Etchague hat mit einer der im Seraillo lagernden Divisionen eine Bewegung begonnen, deren Richtung in Madrid am 4. März noch Geheimnis war. Der Marshall O'Donnell schickte die in Tetuan genommenen Geschütze nach Spanien. Im Seraillo lagerten am 29. Febr. im Ganzen 22 Bataillone, aus denen drei Divisionen gebildet werden sollten. Die eine sollte im Seraillo zur Deckung dieser Stellung bleiben, die andere zu Lande gegen Langer vorgehen und die dritte, zu der drei Marine-Bataillone gehörten, auf der Flotte dieselbe Richtung nehmen. Ein Theil der Division Rio sollte in Tetuan bleiben.

London, 5. März. Ueber das die savoyische Frage betreffende Blaubuch bemerkte heute die „Times“: „Der Inhalt dieser Schriftstücke wird keine verständigen Erwartungen täuschen. Wenn auch keine Staatsgeheimnisse enthüllt und keine absolut neuen Aufschlüsse gebracht werden, so können wir doch zum mindesten den Gang des Einverleibungs-Projectes deutlich verfolgen und die Ansichten der verschiedenen Regierungen, welche die Sache zunächst angeht, der britischen Regierung nämlich, der französischen, der sardinischen und der schweizer Regierung, werden uns in verständlicher Weise vor Augen geführt. Auch geht, mit einer einzigen Ausnahme, eine merkwürdige Folgerichtigkeit, ja, selbst Offenherzigkeit der Argumentation durch die ganze, uns vorliegende Korrespondenz. Drei unter den vier Staaten wußten von Anfang an, was sie wollten, und beharrten bei ihren ursprünglichen Ansichten; Sardinien aber, oder vielmehr Savoyen, scheint in Ungewissheit und Zweifel auf und abgewogen zu haben. Was das Benehmen der britischen Regierung betrifft, so können wir nicht umhin, zu sagen, daß ihre Politik, so weit überhaupt Proteste und Gründe reichen, sowohl entschlossen, wie sich selber treu war. Keine Mitteilung über das Einverleibungs-Project gelangte an unsern Minister, welcher nicht ein Ausdruck der Missbilligung auf dem Fuße gefolgt wäre. Auf alle Regierungen der Reihe nach ward in demselben Sinne eingewirkt. Lord J. Russell stimmte mit den schweizer Behörden hinsichtlich der Wichtigkeit der neutralen Bezirke überein; er theilte dem Turiner Hofe die Ansichten des Kabinetts mit, und obgleich sein Ton stets freundlich war, so ließ er doch wahrhaftig die französische Regierung in keiner Täuschung über die in England herrschenden Meinungen. Seine Ar-

gumente treffen den Nagel auf den Kopf. Er sagt dem Grafen Cavour nicht bloß, die Abtretnung Savoyens würde ein Flecken auf dem Wappenschild des regierenden Hauses sein, sondern erinnerte ihn auch daran, daß der Schwäbe Sardiniens nach der venetianischen Grenze hin nicht dadurch abgehalten werden würde, daß man einer Macht gleich Frankreich an einer anderen Grenze eine gewaltige Stellung verliehe, während dem von der französischen Regierung aufgestellten Sache mit Gründen begegnet wird, welche Herr Thouvenel selbst sich gedrungen fühlt, als wichtig zu bezeichnen, obgleich er sie nicht als unwiderleglich anerkennen will. Wir glauben jetzt liegen, schließt die Korrespondenz mit diesem Meinungs-Ausdruck, so daß wir nicht die Gelegenheit haben, seine Antwort abzuwarten; doch begreifen wir nicht, wie Lord J. Russell's Raisonement angefochten werden kann. Schon die Unbedeutung Savoyens, auf welche der Kaiser und seine Minister ein solches Gewicht legen, läßt das Unpolitische eines Verfahrens, durch welches man sich so großen Hass zuzieht und so wenig gewinnt, nur um so stärker hervortreten. Selbst wenn man zugäbe, daß die Vereinigung Savoyens mit Frankreich letzteres in keiner irgend wie in Anschlag bringenden Weise stärken würde, bliebe doch noch immer die Thatsache übrig, daß die Gebietserwerbung, mochte sie auch noch so klein sein, als charakteristisches Merkmal der Politik des Kaisers betrachtet werden und ihr in jener Sphäre der Meinung, welcher Louis Napoleon mehr als einmal gehuldigt bat, Schaden zufügen würde. Abgesehen von allen Fragen des europäischen Rechts ist der Preis die Kosten nicht wert.“

— 8. März. Die heutige „Times“ sagt, daß die Diskussionen im englischen Parlamente betreffend Savoyens, von eben so geringer Wirkung auf Frankreich sein würden, als die Diskussionen in Frankreich und Deutschland gegen die Einverleibung Dudes in England ohne Wirkung geblieben wären. Die „Times“ behauptet weiter, Savoyen kümmere England nicht, König Victor Emanuel sei kein Märtyrer, und sollte Frankreich gegen den Rhein vorrücken, so würde sich Deutschland zu wehren wissen.

— Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus New-York vom 25. v. M. theilt der dortige „New-York-Herald“ den Plan Nord-Amerikas zur Gewerbung Mexikos mit, und bittet es für wahrscheinlich, daß General Houston bereits nach Rio Grande unterwegs sei, um den Erwerbungsplan auszuführen.

Petersburg, 2. März. „Der 60jährige kaukasische Krieg“, so lautet der Titel eines in Tiflis 1860 erschienenen, mit einer Karte versehrten, äußerst interessanten Buches von Gadojew. Besonders bemerkenswerth ist der Hinweis auf die Wichtigkeit des kaukasischen Gebietes für den politischen Einfluß Russlands im Orient, seine Stellung in Bezug auf Asien, seinen Handel und namentlich den Transitverkehr von Europa nach Asien durch das kaukasische Gebiet.

Aus Tarnow in Galizien wird dem „Banderer“ geschrieben: Die umliegenden Grundbesitzer haben, da sie durch eigene Bebauung ihrer Gründen nicht einmal so viel Nutzen daraus ziehen, um bei den niedrigen Preisen der Cerealen die Steuern zu zahlen zu können, ihre Güter parzellenweise an die Bauern verpachtet. Sie hoffen, daß dadurch ihre Einnahmen sich erhöhen werden.

New-York, 18. Febr. Wichtiger, als die sich jetzt in allerlei Machinationen zur Präsidentenwahl versetzenden Verhandlungen des Kongresses für deutsche Leser ohne Zweifel eine kürzliche amtliche Kundgebung des Herrn Cas (Staatssekretär) In einem ihm vorgelegten konkreten Falle hat der selbe im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten erklärt: Das jeder (Deutsche), der vor Erreichung des militärischen Alters aus seinem Geburtslande nach den Vereinigten Staaten auswandert und hier Bürger wird, bei einer etwaigen zeitweiligen Rückkehr nach seinem Heimatlande nicht zur nachträglichen Erfüllung der Militärflicht angehalten werden darf. Sollte die betreffende Landesregierung es gleichwohl versuchen, so müsse sie es auf die Gefahr eines Konflikts mit den vereinigten Staaten thun. Dies der genaue Sinn eines offenen Briefes, worin Dr. Cas einem gewissen Detlef, aus Holstein gebürtig, und von dort vor Erreichung des 20. Lebensjahres ausgewandert, erklärt: er möge nur ruhig auf Besuch oder in Geschäften, oder zu welchen sonstigen legalen Zwecken er wolle, nach Holstein reisen, die Regierung der Vereinigten Staaten würde ihm dafür, daß er nicht ins Militär gestellt werden dürfe. — Die Wichtigkeit dieser Erklärung ist schon für hier

groß, denn Tausende von naturalisierten Bürgern befinden sich in ganz derselben Lage, wie Detlef; sie wird aber noch weit größer in Deutschland sein. Es handelt sich da um nichts Geringeres als um die schroffe Gegenüberstellung unseres republikanischen, auf die freieste Selbstbestimmung des Einzelnen begründeten und des aus dem abstrakten Staatsbegriffe abgeleiteten europäischen Staatsrechts. Von unserem hiesigen Standpunkte aus verdient Herr Cas hohe Anerkennung dafür, daß er es endlich (nach langem Sträuben) gewagt hat, den Gegen- so scharf und bestimmt hinzustellen. Drüben mögen vielleicht manche Regierungen anders darüber denken. Bis jetzt haben allerdings in einzelnen konkreten Fällen die Vereinigten Staaten die Freigabe ihrer dort ins Militär gesetzten naturalisierten Bürger erwirkt, aber die Freigabe geschah meistens mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß sie eine „Gastbezeugung“ für die Vereinigten Staaten sein solle. Auf diese Weise hat Herr Wright die Freigabe des Herrn Ernst, der ins hannoversche Militär gesetzt worden war, erwirkt. Jetzt aber gewinnt die Sache eine andere Gestalt. Nicht als Kunst, sondern als Recht fordern die Vereinigten Staaten — was? Daß die monarchischen Regierungen das unbedingte Expatriationsrecht ihrer „Unterthanen“ anerkennen. Nur mit einer einzigen Ausnahme. Wer schon wirklich ins Militär eingereiht ist, den Fahneneid geleistet hat und dann als Fahnenflüchtiger nach Amerika desertirt, den schützen die Vereinigten Staaten, wenn sie ihn auch als ihren Bürger aufnehmen, nicht vor den Folgen seiner Fahnenflucht, falls er sich wieder in seinem Heimatlande betreten läßt. Aber eine prospektive Militärplicht erkennen die Vereinigten Staaten ein für allemal nicht an. Vielmehr vindizieren sie Jedem das Recht, seine Verbindung mit dem Heimatlande jederzeit zu lösen, so lange er nicht bereits die Ausübung bestimmter Pflichten gegen dasselbe angetreten hat.

### Locales und Provinzielles.

Danzig, 9. März. Nachdem gestern in der Magistratsföhlung Hr. Peters aus Pr. Stargardt zum Rector der vier zu Ostern d. J. in's Leben tregenden Mittelschule gewählt worden, findet heute die Vorbereitung für die Wahl der an derselben anzustellenden Lehrer statt. Aus der Zahl von 162 Lehrern, die sich gemeldet haben, sollen drei für die benannte Schule gewählt werden. Die Wahl selbst wird am nächsten Montag stattfinden. An demselben Tage soll auch ein neuer Lehrer für die an der hiesigen höhern städtischen Töchterschule vacante Stelle stattfinden, da Hr. Holder-Egger in Graudenz die auf ihn gefallene Wahl nicht angenommen hat. Es sind für diese Stelle ein Lehrer aus Elbing, einer vom Lande in hiesiger Umgegend und einer aus Bromberg in Vorschlag gebracht worden.

[Theatralisches.] Frau von Marra wird, wie wir jetzt aus guter Quelle erfahren, am 15. d. M. in unserem Stadt-Theater auftreten. Die berühmte Künstlerin, welche hier noch im besten Andenken steht und viele Verehrer und Freunde hat, wird vier große Gesangs-Piegen vortragen und außerdem noch die Angela in dem gleichnamigen Liederstücke von Benedix spielen. Diese Rolle giebt der Sängerin die schönste Gelegenheit, ihr hervorragendes Talent zu entfalten. Das Gasstspiel des Hrn. Carl Formes wird am 16. d. Mts. mit den Hugenotten beginnen; sodann folgen: Figaro's Hochzeit; Enführung aus dem Serail; Lustige Weiber von Windsor; Robert der Teufel.

Gestern Nachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Poggenpfuhl gerufen, woselbst in dem Schuhmacher-Dirksschen Grundstück ein Schornstein brannte. Durch mangelhafte Reinigung des russischen Rohres hatte sich der Rost in demselben über 2 Zoll dick angesetzt.

Die Trajekto-Verhältnisse der Weichsel sind seit gestern nicht verändert.

Graudenz, 7. März. Die erste statutengemäße Versammlung des Handwerkervereins, am Montag den 5., eröffnete der Vorsitzende, Hr. Rechtsanwalt Mangelsdorff, mit einer Ansprache, in welcher er die Vereinszwecke noch einmal darlegte. „Die Regierung habe mit Anfang dieses Jahrhunderts die Notwendigkeit einer Fortentwicklung des Handwerkervereins erkannt und die Fesseln des Gewerbe- und Zunftzwanges aufgehoben. 1847 sei aber ein anderes System ans Ruder gekommen, welches, um den Handwerkstand zu schützen, die Gewerbefreiheit wieder beschränkte; Beides brachte keine Hülfe, es wirkte nicht auf die fiktive Erstarkung des Standes und erst die neueste Zeit scheint den rechten Weg hierzu eingeslagen zu haben ver-

möge des aufblühenden Vereinslebens. Der hiesige Handwerkerverein setzt an die Spitze seiner Zwecke die Verbreitung allgemeiner Bildung und tüchtiger Berufskenntnisse. Beides sei nötig, um den Stand zu kräftigen, ihm materielle Güter zuzuführen und edlere Genüsse zu verschaffen. Ferner erstrebe der Verein die Belebung des Gemeinsinns und der guten Sitte, die Factoren eines gesunden Volkslebens. Besonders für die jüngeren Mitglieder des Handwerkstandes dürfte es daher ein sehr empfehlendes Zeugniß sein, dem Verein angehört zu haben. (G. G.)

— Ueber das Vermögen des Kaufmanns Rudolph Appel aus Graudenz, Firma: F. W. Appel, ist der Kaufmännische Konkurs eröffnet.

Thorn, 6. März. In der heutigen Sitzung des Kreistages, welche behufs der Landratswahl anberaumt war, nahmen die Wahlberechtigten von der Wahl selbst Abstand und beschlossen auf Antrag des Nittergutsbesitzers v. Kalckstein — Pluskowenz, auf dem Wege der Petition Sr. K. Hoh. dem Prinz-Regenten den Reg.-Assessor Steinmann, welcher seit einigen Wochen das Landratsamt interimistisch verwaltet, für dasselbe als Kandidaten in Vorschlag zu bringen. In der Petition soll gleichzeitig die Bitte ausgesprochen werden, daß, falls der präsentierte Kandidat Sr. K. Hoh. nicht angenehm sein sollte, die Stände zu der Wahl selbst schreiten dürfen. (G. G.)

Königsberg. Wie wir erfahren, hat die Ostpr. landwirthschaftliche Centralstelle sämtlichen Haupt- und Zweigvereinen in Ost- und Westpreußen eine Petition an den Herrn Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten zur Mitunterzeichnung vorgelegt. Dieselbe hat Hebung des Realkredits zum Zweck und betrifft eine wesentliche Änderung in der Gesetzgebung für das Hypotheken- und Subsistationswesen, indem geeignete Vorschläge zur Einrichtung eigener Hypothekenbehörden und zur Ablösung des bisher so schleppenden Subsistationsverfahrens gemacht werden. Da eine zahlreiche Beihilfung, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes, sehr wünschenswerth erscheint, so würden wir die Vereinsvorstände darauf aufmerksam machen, daß sie nicht allein in den resp. Versammlungen die Sache anregen und zu Unterschriften auffordern, sondern später die Petition in den Kreisstädten auslegen möchten, um hierdurch auch den bei den Versammlungen nicht Erschienenen die Möglichkeit zur Beihilfung zu geben. (K. H. B.)

Insterburg, 6. März. Der Vorstand des Gewerbe-Vereins hat von der kgl. Regierung zu Gumbinnen auf die Anfrage: „ob der hiesige Gewerbe-Verein als ein politischer Verein betrachtet werden darf“, kürzlich Bescheid erhalten. Mit Rücksicht auf §. 1. des Vereins-Statuts, nach welchem der Verein sich die Aufgabe stellt, „durch Belebung eines regeren Geistesverkehrs dem Gewerbe-stande zu einem richtigen Verständniß seiner Stellung in der Gesellschaft zu verhelfen, in ihm ein edles Selbstbewußtsein zu erwecken und seine geistige, wie auch materielle Lage durch alle Hilfsmittel gesetzlicher Verbindung gediehlicher zu gestalten“, erklärt die kgl. Regierung den Verein für einen politischen, auf welchen der §. 2. des Vereinsgesetzes Anwendung finden müsse. Der Vorstand wird demzufolge den Berliner Handwerkerverein um Auskunft ersuchen, ob dieser gleichfalls als ein politischer Verein behandelt wird. Vom Vorstande des Magdeburger Handwerker-Meister-Vereins ist ein Schreiben eingegangen, welches den vom Abgeordneten Reichenheim dem Hause der Abgeordneten eingebrachten Antrag auf Aufhebung der Verordnung vom 9. Febr. 1849 und Streichung des §. 131. der Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 betrifft. Der gedachte Verein hält durch die jetzt bestehenden Gewerbegezege die Interessen des Gewerbestandes für vollständig gewahrt und die Gewerbefreiheit in ihrer vollen Ausdehnung, wie dieselbe vor 1845 bestand,

### Gerichtszzeitung.

[Schwere Folgen des Leichtsinns und des Übermuths.] Vor den Schranken des Criminalgerichts erschien gestern auf der Anklagebank ein junges Mädchen Namens Renate Lender von großer Unbeschangenheit und frischem fröhlichem Aussehen. Des schweren Diebstahls angeklagt, schaute sie lächelnd in den Tag hinein, als sei nichts geschehen. Der gegen sie erhobenen Anklage zufolge sollte sie ihrer früheren Brotherrin, der ehemaligen Wittwe Winter, jetzt verehelichten Preuß, Schmalz, Wurst und ein Gläschen Branntwein genommen haben. — Auf die von dem Herrn Vorsitzenden des Gerichts an die Angeklagte gerichtete Frage, was sie gegen die erhobene Anklage zu erwidern, sprach sie: „Es ist ganz richtig, daß ich meiner Brotherrin Schmalz und Wurst genommen, gestohlen aber habe ich nicht. Frau Winter war so geizig, daß si

mir und allen andern Leuten, welche bei ihr im Dienste standen, nicht satz zu essen gab. Als ich und die andere „Köchse“ eines Abends sehr hungrig waren, versuchten wir, ob der Schlüssel vor meinem Koffer nicht zu dem Schlosse der Speisekammer, welche sich dicht neben unserm Schlafräum befand, passen möchte; er paßte, — wir schlossen die Thür auf, gingen hinein, schmierten uns Schmalz auf das Brod und nahmen uns nach ein Stückchen Wurst dazu. Wir haben aus der Kammer nicht ein Pröbchen mit herausgenommen, sondern in derselben nur gegessen, was uns die Frau eigentlich hätte geben müssen. Das kann kein Diebstahl sein.“ „Sie haben aber auch, sprach darauf der Herr Vorsitzende des Gerichts, ein Gläschen Branntwein aus der Speisekammer genommen, haben Sie vielleicht denselben für den Durst gebraucht? „Den haben wir, antwortete die Angeklagte, den Leuten gegeben, welche im Stalle arbeiteten. Die Frau hatte das eigentlich selber thun sollen; sie bat es aber nicht, und so hielten wir es für unsere Pflicht, den Arbeitsleuten die Erquickung zu verschaffen, welche ihnen zufam.“ Die Damascinat, welche Frau Preuß, war nicht zu dem Termin erschienen, indessen bestätigte aber die andere Köchse, mit Namen Erdmuth Bergemann, welche als Zeugin vorgeladen war, den Vergang der Sache, wie er von der Angeklagten angegeben und gestand freiwillig, daß sie dabeigewesen, als die Renate Lender das Schmalz, die Wurst und den Branntwein genommen, ja, daß sie Theilnehmerin der That sei. Zweifelsohne abnete sie ebensowenig wie die Angeklagte etwas von der Schwere des Vergehens, dessen sie sich schuldig gemacht. Als Mitschuldige konnte sie nicht vereidigt werden, während ihr der hr. Staatsanwalt sogleich angeigte, daß auch gegen sie die Anklage wegen schweren Diebstahls erhoben werden würde. Die beiden Mädchen hatten leichtsinnig, ohne es zu wissen, einen schweren Diebstahl begangen, indem sie sich eines fremden Schlüssels zur Gröfzung des Gemachs bedient. Den Branntwein hatten sie rein aus Uebersmuth genommen, um der geizigen Herrin einen kleinen Schabernack zu spielen oder ihr gleichsam eine Lehre zu geben, wie sie sich gegen ihre Arbeiter zu benehmen habe. Solche Scherze kennt aber das Gesetz nicht, und die Richter sind gezwungen, nach der ganzen Strenge desselben ihrem Urtheilspruch zu fällen und so war es denn auch nicht anders möglich, als daß die Renate Lender von dem hohen Gerichtshof zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurtheilt wurde. Es ist diese lange Zeit das geringste Strafmaß für den schweren Diebstahl. Die Renate Lender brach in ein heftiges Weinen aus, und auch die Erdmuth Bergemann ging bestürzt von dannen, als sie Kunde von der Strafe vernahm, welche ihrer wartet.

— Gestern wurde abermals vom hiesigen Criminalgericht eine Frauenperson, 43 Jahre alt, wegen gewohnheits- und gewerbsmäßiger Kuppelei zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten, Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, beides auf die Dauer eines Jahres, verurtheilt. — Die Verurtheilte hatte ihre Schuld reuevoll gestanden und gelobte sich, ehe sie noch die Anklagebank verließ, laut weinend und unter Anrufung der göttlichen Gnade, Buße zu thun und einen bessern Lebenswandel zu beginnen.

### Am Marystee. Novelle von Theodor Mügge.

#### I.

Vor einigen Jahren fuhr an einem warmen Sommertage das norwegische Dampfschiff „Prinz Karl“ aus dem Christians Fjord und setzte bei der Stadt Frederikswärde zwei Reisende ab, die in einem Boote der Küste zufuhren, während der Dampfer sogleich seinen Weg verfolgte.

Die Ausgeschifften waren junge Männer, welche sich zufällig am Bord des Prinzen Karl zusammengefunden hatten. Der Eine war ein Normann, welcher von Christiania kam und in der Nähe von Frederikswärde wohnte, der Andere ein Deutscher, der eine Stunde früher am Eingange des Meerbusens von Christiania das Dampfschiff gewechselt hatte, das ihn von Kopenhagen hierher gebracht.

Der Norweger war ein ächter Sohn seines Landes, mittelgroß, gliedkräftig, mit lebhaften Augen, frischen Farben und dunkelbrauem Haar. Ein gewisser Stolz leuchtete aus seinen Blicken; seine festen Züge drückten geistige und körperliche Kraft aus, sein ungezwungenes Wesen und seine Art zu sprechen zeigten an, daß er ein Mann ohne Rückhalt und ohne viele Formen sei, oder es verschämhe, so sein zu wollen. — Sein deutscher Gesährte war dagegen fein und höflich wie Deutsche sind, die eine zeitgemäße Erziehung erhalten haben, Ton und Farbe der guten Gesellschaft kennen und immer wissen was sich schickt. Es war ein junges Blut, aufrichtig und gemüthlich und von ganzem Herzen froh, hier zufällig einen Begleiter zu finden, der gut Deutsch verstand und den er recht viel fragen und ihm recht viel vertrauen konnte.

Nach einer ganzen Reihe verschiedenartiger Erörterungen über Land und Leute, Seereise und kleine Begebenisse, sagte der Normann: „Sie wollen Norwegen kennen lernen und thun wohl daran es nicht zu machen wie die meisten Fremden, die bis Christiania hinauffahren, statt hier im schönsten Theile meines Vaterlandes zu landen.“

„Ist dies der schönste Theil Ihres Vaterlandes?“ fragte der Deutsche.

